

# IM KLARTEXT

INFORMATIONEN ZUR SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

Die Ludwig-Erhard-Stiftung ist bei aller Entschiedenheit ihres Engagements für Freiheit und Verantwortung in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft von Parteien und Verbänden unabhängig. Sie ist als gemeinnützige Vereinigung voll anerkannt.

Februar 2009



## Das Eigentum darf kein Krisenopfer werden

Eine Quizfrage von Ludwig Erhard zur Finanzkrise: „Darf der Staat Bürger oder Banken enteignen, wenn er ihnen mit öffentlichen Mitteln zur Hilfe eilt?“ Seine Antwort an die Adresse zaudernder Prüflinge aus der Politik: „Nein, darf er nicht. Das Recht auf Eigentum steht auch dann nicht zur Verfügung der Politik, wenn sie öffentliche Mittel einsetzt, um aus gesamtwirtschaftlichen Erwägungen private Verluste zu verhindern oder in Grenzen zu halten.“

Was Ludwig Erhard gesagt hätte, ist auch in der jetzigen Finanzkrise die angemessene Richtschnur des ordnungspolitischen Zuschnitts staatlicher Hilfe für bedrohte Banken. Gewiss können die Eigentümer – zum Beispiel die Aktionäre – nicht verlangen, dass der Staat – also die steuerzahlenden Bürger – ihrer Bank zum Nulltarif aus der Krise hilft. Darin läge doch nur die unausgesprochene Aufforderung, die risikoreichsten Geschäfte zu suchen und den Verlustfall beim Bundesfinanzminister zu melden.

Nein: In Not geraten Banken und deren Eigentümer müssen sich schon gefallen lassen, dass der helfende Staat zum Miteigentümer wird und so nach Umfang seiner Beteiligung Einfluss auf die Geschäftspolitik nimmt. Der Staat hilft mit dem Geld der Bürger. Da wird er deren Interessen ja auch als Miteigentümer der Bank – also als Aktionär – vertreten dürfen. Das mag den Wert der Aktien der Altaktionäre mindern. Aber das war ja wohl schon vor der erbetenen Hilfsaktion der Fall und wäre vielleicht ohne die Hilfe zum Fiasko geworden.

Das Eigentum als ordnungspolitischer Pfeiler der Marktwirtschaft darf kein Opfer der Krise werden. Allerdings: Bankenvorstände, die Hilfe beim Staat suchen und finden, müssen ertragen, dass gelegentlich mal ein Ministerialrat als regierungsamtlich beauftragter Aktionär bei ihnen anruft und sich nach den Geschäften der Bank erkundigt, die es ohne die Hilfe der Steuerzahler nicht mehr geben würde.

*Hans D. Barbier*

## Abwrackprämie: Gut durchdacht?

Der Staat hilft seinen Bürgern in allen Lebenslagen, seit Jahresbeginn zum Beispiel auch mit einer im „Konjunkturpaket II“ beschlossenen „Umweltprämie für die Verschrottung von Altfahrzeugen“. Sie ist inzwischen als „Abwrackprämie“ zu medialem Ruhm gelangt. Die Prämie können Personen erhalten, auf deren Namen für mindestens zwölf Monate ein wenigstens neun Jahre altes Fahrzeug – Erstzulassung vor dem 14. Januar 2000 – zugelassen war, das nun verschrottet wird. Nach der Verschrottung des „Altfahrzeugs“ und dem Kauf eines Neu- oder Jahreswagens werden vom Staat dann 2 500 € Abwrackprämie gewährt.

Dafür stehen bis 31. Dezember 2009 insgesamt 1,5 Milliarden € zur Verfügung. Rein rechnerisch reicht die Summe also für 600 000 Neufahrzeuge. Spätestens an diesem Punkt wird es spannend. Laut Kraftfahrtbundesamt fahren derzeit rund 16 Millionen Autos auf Deutschlands Straßen, die neun Jahre und älter sind. Damit werden nur knapp vier Prozent der Fahrzeugbesitzer von der staatlichen Hilfe profitieren können. 96 Prozent werden – sofern sie ihr Fahrzeug überhaupt abgeben wollen – ohne Prämie auskommen müssen. Ende der ersten Februarwoche waren rund 17 500 Anträge auf die Prämie

beim „Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle“ eingegangen; das Amt ist mit der formalen Abwicklung beauftragt.

Die ersten Folgen der Verschrottungsprämie: Es hat ein Käuferansturm vor allem auf Kleinwagen eingesetzt. Bei diesen Autos ist – im Vergleich zu Mittel- und Oberklassefahrzeugen – aufgrund des geringeren Kaufpreises der prozentual höchste Zuschuss möglich. Erweist sich diese Tendenz als dauerhaft, dürften im Jahresverlauf einige Tausend Mittel- und Oberklassefahrzeuge auf den Halde der Automobilhersteller geparkt werden. Die Automobilindustrie hat im Übrigen seit Jahren ein Kapazitätsproblem, sie hat – weltweit – am Bedarf vorbei produziert (siehe Im Klartext Juni 2005). Die unternehmerischen Fehlentscheidungen aus den vergangenen Jahren können durch die Abwrackprämie kaum ausgeglichen werden, sie dürfte eher ein Strohfeuer im Kleinwagensegment entfachen.

Einbrüche meldet dagegen bereits der Gebrauchtwagenmarkt: Wer will ein zwei, drei Jahre altes Auto erwerben, wenn er für den Preis des gebrauchten Autos ein subventioniertes Neufahrzeug kaufen kann? Ärgern dürften sich auch alle diejenigen Autokäufer, die noch in den letzten Wochen des Jahres 2008 ein neues Fahrzeug gekauft haben.

Immerhin wurden laut Verband der Automobilindustrie im November und Dezember je rund 230 000 Fahrzeuge neu zugelassen.

[www.vda.de/de/zahlen/monatszahlen](http://www.vda.de/de/zahlen/monatszahlen)

### Totgesagte leben länger

Im Januar hat die EU-Kommission beschlossen, die massiv gefallenen Milchpreise mit Exporterstattungen und Stützungskäufen aufzufangen. Von März bis August 2009 sollen wieder Butter und Magermilchpulver aufgekauft werden.

Angesichts hoher Milchpreise auf dem Weltmarkt hatte die EU die Milch-Exportersatzungen 2007 ausgesetzt. Derzeit bekommen Milchbauern EU-Angaben zufolge zwischen 20 und 25 Cent je Liter Milch. Im Frühjahr 2008 hatte der Preis bei 40 Cent gelegen. Mit den aktuellen Weltmarktpreisen unterhalb vom europäischen Interventionspreis – er liegt bei rund 22 Cent – könnten europäische Exporteure nicht mehr konkurrieren, meint Mariann Fischer Boel, EU-Agrarkommissarin. Die meisten ihrer Ministerkollegen aus den Mitgliedsländern teilen diese Meinung.

Schon in der Vergangenheit schützte die EU ihre Milchbauern, indem sie bei fallenden Weltmarktpreisen überschüssige Milch und Butter vom Markt wegkaufte. Die Folge waren gigantische Interventionsbestände: „Butterberg“ und „Milchsee“. Allerdings war im August 2007 in Zeitungen zu lesen: „Butterberg und Milchsee sind Geschichte.“ Mal sehen, wie es in ein paar Monaten aussieht.

[ec.europa.eu/deutschland](http://ec.europa.eu/deutschland)

## Darf's noch ein bisschen mehr sein?

Seit Herbst 2008 gibt es in der Politik nur noch eine Geldeinheit: die Milliarde. Beinahe täglich entdeckt die Politik neue Bereiche, in denen sich der Staat unbedingt engagieren müsse. „Rettungsschirme“ und „Konjunkturpakete“ sollen die Wirtschaftskrise abmildern und Schlimmeres verhindern helfen.

Die Summen sind beeindruckend und für den Normalbürger nur schwer vorstellbar: Die Bundesregierung hat 400 Milliarden € für Bürgschaften und Garantien sowie 80 Milliarden € als Kredite für Banken bereit gestellt, die sich verspekuliert haben. Rund 80 Milliarden € werden die beschlossenen zwei „Konjunkturpakete“ in diesem und im kommenden Jahr kosten. Weitere 100 Milliarden € hätten die Politiker gern für einen Fonds, der in die Kreditklemme geratene Industrieunternehmen mit frischem Kapital versorgt. Neue und zusätzliche Fonds, Pakete und Schirme sind vermutlich nur eine Frage der Zeit.

### Zu Risiken und Nebenwirkungen ...

Die Politiker sind sicher: Mit den Milliardensummen kann die Wirtschaftskrise zumindest abgemildert werden. Die Nebenwirkungen dieser Staatsmilliarden spielen in den Rettungsszenarien allem Anschein nach aber keine große Rolle: Wer profitiert? Wie wirkt sich die staatliche Unterstützung auf den Wettbewerb aus, zum Beispiel im Bankensektor, wenn die eine Bank mit, die andere ohne Engagement des Staates wirtschaften muss? Warum wird pro verschrottetem Auto und anschließendem Neukauf eine Prämie von 2 500 € gewährt,

während Eltern für ihre Kinder einmalig je 100 € erhalten? Diese und ähnliche Fragen scheinen angesichts der Geschwindigkeit, mit der die diversen Staatsinterventionen beschlossen wurden, nebensächlich.

### Jeder ist irgendwie Nutznießer staatlicher Hilfen

Die wenigen Überlegungen zeigen die Problematik staatlicher Hilfen: Bestimmte Branchen werden gegenüber anderen bevorzugt, eine Gruppe bekommt staatliche Unterstützung, andere nicht. Dabei bewegt sich der Staat bei den aktuellen Rettungsschirmen und Konjunkturpaketen vorrangig im unternehmerischen Bereich. Großteils ist vieles dessen, was die Bundesregierung in den letzten Wochen beschlossen hat, nichts anderes als eine – mal mehr, mal weniger – verkappte Subvention. Weitert man die Betrachtung aus und schaut sich den Umfang staatlicher Zahlungen in allen Bereichen des Alltags an, wird deutlich: Inzwischen kommt nahezu jeder irgendwie in den Genuss staatlicher Hilfen.

Kaum jemand weiß genau, wer in Deutschland beispielsweise Sozialleistungen erhält. Die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder zählen im „Mindestsicherungsbericht“ nur Menschen, die arm sind und nahezu voll-

ständig von dem Leben, was der Staat gewährt. Die mit Abstand größte Zahl entfällt dabei auf die Hartz-IV-Empfänger. 5,3 Millionen Menschen erhalten Arbeitslosengeld II, weitere zwei Millionen Sozialgeld. Zusammen sind das 90 Prozent aller, die einen Anspruch auf Mindestsicherung haben.

### Abgrenzungsprobleme

Doch für die Statistiker bestehen Abgrenzungsprobleme: Was genau ist eine Sozialleistung, und was nicht? Eine Altersrente zählt als Versicherungsleistung, für die der Einzelne einst Beiträge gezahlt hat. International werden Renten unterschiedlich eingestuft: In manchen Staaten zählen sie als staatliche Transferleistungen, in anderen nicht. Ähnlich ist das Arbeitslosengeld I einzuordnen. Auch BAföG ist nicht eindeutig als soziale Hilfe zu werten; ein Teil der Leistung muss nach dem Studium schließlich zurückgezahlt werden. Und was ist mit Kinder- und Elterngeld?

Die Zahl der klassischen Sozialhilfeempfänger ist dagegen fast irrelevant. Auf Sozialhilfe haben seit 2005 nur noch Erwerbsunfähige auf Zeit, Vorruhestandler mit niedriger Rente, dauerhaft Erkrankte und hilfsbedürftige Kinder Anspruch. Diese Gruppe umfasst 100 000 Menschen. Außerdem gibt es die soge-



„Die wachsende Sozialisierung der Einkommensverwendung, die weitgehende Entmündigung des Einzelnen und die zunehmende Abhängigkeit vom Staat sind Folgen des gefährlichen Weges hin zum Versorgungsstaat, an dessen Ende der soziale Untertan stehen wird.“

Ludwig Erhard

nannte „Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung“ für 733 000 Bedürftige, die entweder 65 Jahre alt oder voll erwerbsgemindert sind. Leistungen erhalten zudem rund 153 000 Asylbewerber und 60 000 Kriegsoffer.

### Staatliche Hilfen kosten das Geld der Bürger

Jede Form der staatlichen Hilfe kostet allerdings Geld – Geld, das der Staat von seinen Bürgern in Form von Steuern und Sozialabgaben einziehen muss. Die Abgaben gehen aber zu Lasten von Produktion und Arbeitsplätzen. Das wiederum steigert die Zahl der zu Unterstützenden und damit die Ausgaben für staatliche Unterstützung. Mehr Steuern und höhere Beiträge zu den Sozialversicherungen werden nötig. Die Unternehmer halten sich in der Folge mit Investitionen zurück, weil sie nicht wissen, was noch auf sie zukommt. Die Verbraucher kaufen weniger, weil sie ihr Geld angesichts wirtschaftlicher Unsicherheit lieber sparen. Dadurch erhält die Wirtschaft den nächsten Dämpfer, denn ohne Nachfrage nach Investitions- und Konsumgütern werden in den Unternehmen Kapazitäten abgebaut und Arbeitskräfte entlassen.

Je mehr Menschen von staatlicher Hilfe abhängig sind, umso schwieriger wird es, diesen Teufelskreis zu durchbrechen. Dabei zieht der Staat immer weitere Kompetenzen an sich und wird zugleich Opfer seiner Interventionen: Weil er sich allzuständig fühlt, wird sein Eingreifen immer intensiver – und immer teurer.

### Umverteilung mit Nebenwirkungen

In vieler Hinsicht – ökonomisch, politisch, psychologisch – bedeutsam ist deshalb die Zahl derer, die hauptsächlich von ihrer Arbeit leben, denn was die einen erhalten, müssen andere erwirtschaften. Der Umfang der Umverteilung hat Auswirkungen auf die Leistungsbereitschaft. Wer soll sich anstrengen, wenn durch das Ausfüllen von Anträgen Zuschüsse und Zahlungen möglich sind? Wer grübelt über neue Produkte, wenn das Durchforsten von Subventionsregeln und Sozialvorschriften mit weniger Risiken und Anstrengungen einträglich sein kann?

In Deutschland leben zurzeit nur noch vier von zehn Menschen hauptsächlich von dem, was sie durch Arbeit erwirtschaften. Das ergibt sich aus dem Mikrozensus des Statistischen Bundesamtes. Auf die Frage, wovon sie überwiegend leben, gaben 41 Prozent ihre Erwerbstätigkeit an. 28 Prozent leben vom Unterhalt durch Angehörige; dabei handelt es sich hauptsächlich um Kinder. Pension oder Rente nannten 22 Prozent der Befragten. Dafür haben sie zwar früher gearbeitet, aber jetzt wird ihr Unterhalt durch Beiträge der sozialversicherungspflichtig arbeitenden Menschen und aus dem allgemeinen Steueraufkommen finanziert. Sechs Prozent der Befragten leben von Arbeitslosengeld I oder II.

Rund ein Prozent der Bürger bezieht Sozialhilfe, Grundsicherung oder Asylbewerberleistungen; nicht größer ist der Anteil der Empfänger sonstiger

Leistungen wie Bafög. Diejenigen, die vom eigenen Vermögen leben, sind so wenige, dass eher in Promille anstatt in Prozent gezählt wird. In diesem Bereich liegt auch die Zahl derer, die Leistungen aus einer Pflegeversicherung erhalten.

### Wer hat noch nicht, wer will nochmal?

Der Mikrozensus zeigt aber nur ein unvollständiges Bild. Er belegt, wer hauptsächlich von welcher Einkommensquelle lebt. Wie viele Bürger ergänzend Geld vom Staat erhalten, lässt sich daraus nicht ermitteln. Kindergeld, Elterngeld, Wohngeld, Zuschuss zum Riestervertrag: Allein diese staatlichen Transfers zeigen, dass diejenigen in der Minderheit sein dürften, die ohne staatliche Leistungen leben.

Gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) geben nur wenige Länder so viel für Soziales aus wie Deutschland. Deutschland ist laut OECD-Untersuchungen der drittgrößte Sozialstaat der Welt. Die Sozialleistungsquote – das Verhältnis von sozialen Transfers zum BIP – beträgt in Deutschland gut 30 Prozent. Anfang der sechziger Jahre lag dieser Anteil zehn Prozentpunkte niedriger. Allein die familienbezogenen Leistungen des Staates addieren sich in Deutschland nach Angaben des Familienministeriums auf 184 Milliarden €. Das Sozialministerium summiert dagegen „nur“ 100 Milliarden €. So türmt sich Milliarde auf Milliarde.

Nicht jede staatliche Hilfe ist auf den Großmut des Staates zurückzuführen. So ist das

Kindergeld nicht zwangsläufig eine Sozialleistung, sondern Ausgleich für das Existenzminimum von Kindern, das nicht besteuert werden darf. Zwar wird zunächst an alle Eltern Kindergeld gezahlt. Anschließend prüfen die Finanzämter aber, ob der Freibetrag für das Existenzminimum der Kinder steuerlich günstiger ist. Von den 35 Milliarden €, die der Staat pro Jahr für Kindergeld aufwendet, entfallen weniger als die Hälfte auf den Förderanteil (15,3 Milliarden €).

### Bürger oder Sozialuntertan?

Die Gepflogenheit, das Kindergeld zunächst auszuzahlen, lässt viele in dem Glauben, sie bekämen etwas vom Staat. Dabei wird ihnen – wie bei allen sozialen Wohltaten, die der Staat vermeintlich großzügig verteilt – nur mehr von dem gelassen, was sie bereits selbst erwirtschaftet haben. Ein kleiner, aber bedeutender Unterschied: Der Staat simuliert Fürsorge, und der mündige Bürger wird zum Abhängigen, der sich – anstatt auf seine Eigenständigkeit zu setzen – dem Wohlwollen des Staates ausliefert.

Rettungsschirme, Industriefonds, Konjunkturpakete, soziale Leistungen: All das läuft nach wie vor unter „Marktwirtschaft“. Völlig abstrus wird das Ganze, wenn diese staatliche Rundum-Betreuung unter Berufung auf Ludwig Erhard „Soziale Marktwirtschaft“ genannt wird. Erhard würde das wohl eher „Versorgungsstaat – der moderne Wahn“ nennen.

Andreas Schirmer



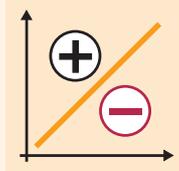
„Die Bürger müssen keine Angst um die Sicherung ihrer Einlagen haben.“

Peer Steinbrück

## IM KLARTEXT

Februar 2009

### INDEX



### Die Soziale Marktwirtschaft im Februar 2009

Ludwig Erhard hat mit der Sozialen Marktwirtschaft eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung realisiert, in der jeder die Chance hat, seine Lebensumstände in eigener Verantwortung zu gestalten. Wie es um die Soziale Marktwirtschaft heute steht, lässt sich nicht mit wenigen Worten sagen. Die Ludwig-Erhard-Stiftung möchte dennoch eine komprimierte Beurteilung vornehmen. Sie beleuchtet Monat für Monat einen besonderen Aspekt der Grundziele, die sich aus dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft ergeben: Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität und Eigenverantwortung.

### Vollbeschäftigung



Bei der Bundesagentur für Arbeit wurde im Januar wegen der schlechten Lage der Wirtschaft für 290 600 Menschen Kurzarbeit beantragt. Die Zahl der Neuanträge blieb damit ungebrochen hoch; im Dezember 2008 wurde für rund 295 500 Menschen Kurzarbeit angemeldet.

Seit Oktober 2008 – Stichwort Finanzkrise – haben 23 300 Unternehmen in Deutschland Kurzarbeit für 774 600 Beschäftigte beantragt. Betroffen sind vor allem

Unternehmen der Auto- und Metallindustrie sowie der Maschinenbau.

Bemerkenswert: Bislang hat die Politik die durchgängig sinkenden Arbeitslosenzahlen auf ihre „Reformen“ zurückgeführt. Für die aktuellen negativen Meldungen ist dagegen der „konjunkturelle Abschwung“ verantwortlich.

### Eigenverantwortung

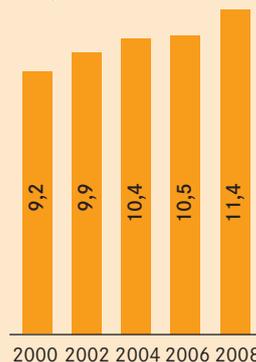


Im Jahr 2008 sparten die Haushalte so viel Geld wie zuletzt Mitte der 1990er Jahre: Die Sparquote stieg um 0,6 Punkte auf 11,4 Prozent. In Euro und Cent wuchs das Ersparte innerhalb eines Jahres von 160 Milliarden auf 177 Milliarden €. Experten gehen davon aus, dass die Sparquote weiter steigen wird, denn das Vertrauen in die wirtschaftliche Entwicklung ist gering.

Den Grad der Verunsicherung der Bürger dokumentiert auch ein Wert des aktuellen „Deutschland Trend“ von ifratest-dimap: 49 Prozent der Bürger – sieben Prozent mehr als im Dezember und sogar 13 Prozent mehr als im November 2008 – geben in der Umfrage

### Sparquote

Ersparnisse in Prozent des verfügbaren Einkommens



Quelle: Deutsche Bundesbank

an, sich um ihre Ersparnisse zu sorgen. Die Zuversicht in das Versprechen von Bundeskanzlerin Angela Merkel und Bundesfinanzminister Peer Steinbrück, „Ihr Erspartes ist sicher“, sinkt offensichtlich.

### Geldwertstabilität



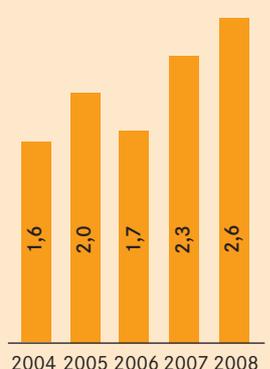
Das Statistische Bundesamt hat für 2008 eine Teuerung von 2,6 Prozent errechnet. Dies war die höchste Jahres-teuerungsrate seit 14 Jahren. Schon im Jahr 2007 hatte die Teuerungsrate mit 2,3 Prozent oberhalb des für die Geldpoli-

tik wichtigen Schwellenwertes gelegen: Die Europäische Zentralbank sieht bis zu einer Inflationsrate von zwei Prozent die Preisstabilität gewahrt.

Neben Preissteigerungen bei Energie und Nahrungsmitteln haben die Statistiker den Staat als Preistreiber benannt: Die Beschleunigung der Preisentwicklung 2008 sei auch auf die Erhöhung der Mehrwertsteuer vom Januar 2007 zurückzuführen, die teilweise mit einer Verzögerung von mehreren Monaten an die Verbraucher weitergegeben wurde.

### Teuerungsrate

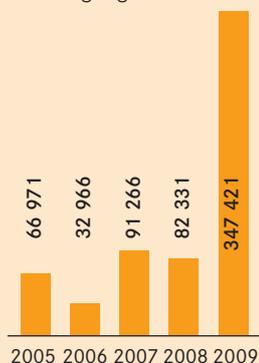
Preisanstieg gegenüber Vorjahr in Prozent



Quelle: Statistisches Bundesamt

### Kurzarbeit

in den Anzeigen genannte Personen



jeweils Januar  
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

### Impressum:

Herausgeber: Ludwig-Erhard-Stiftung · Johanniterstraße 8 · 53113 Bonn  
Telefon 0228 / 5 39 88-0 · Telefax 0228 / 5 39 88-49  
Redaktion: Andreas Schirmer · Foto: dpa-Report  
Druck und Herstellung: Druckerei Gerhards GmbH, Bonn-Beuel  
erscheint monatlich · www.ludwig-erhard-stiftung.de

*Ludwig Erhard*